

Diese Bekanntmachung auf der TED-Website: <http://ted.europa.eu/udl?uri=TED:NOTICE:271049-2018:TEXT:DE:HTML>

**Deutschland-Bremen: Dienstleistungen von Architektur-
und Ingenieurbüros sowie planungsbezogene Leistungen
2018/S 119-271049**

Auftragsbekanntmachung

Dienstleistungen

Richtlinie 2014/24/EU

Abschnitt I: Öffentlicher Auftraggeber

I.1) Name und Adressen

BREPARK GmbH
Ansgaritorstraße 16
Bremen
28195
Deutschland
Kontaktstelle(n): BREPARK GmbH, Abteilung Bau/Technik, Frau Sophie Sandner
E-Mail: sophie.sandner@brepark.de
Fax: +49 4211747150
NUTS-Code: DE501

Internet-Adresse(n):

Hauptadresse: <http://www.brepark.de>

I.2) Informationen zur gemeinsamen Beschaffung

I.3) Kommunikation

Die Auftragsunterlagen stehen für einen uneingeschränkten und vollständigen direkten Zugang gebührenfrei zur Verfügung unter: www.drost-consult.de

Weitere Auskünfte erteilen/erteilt folgende Kontaktstelle:

D&K drost consult GmbH
Kajen 10
Hamburg
20459
Deutschland
Kontaktstelle(n): Frau Sofiya Chuhuyevets
Telefon: +49 4036098421
E-Mail: s.chuhuyevets@drost-consult.de
Fax: +49 4036098411
NUTS-Code: DE600

Internet-Adresse(n):

Hauptadresse: www.drost-consult.de

Angebote oder Teilnahmeanträge sind einzureichen an folgende Anschrift:

BREPARK GmbH
Ansgaritorstraße 16
Bremen

28195
Deutschland
Kontaktstelle(n): BREPARK GmbH, Abteilung Bau/Technik, Frau Sophie Sandner
E-Mail: sophie.sandner@brepark.de
Fax: +49 4211747150
NUTS-Code: DE501
Internet-Adresse(n):
Hauptadresse: www.brepark.de

- I.4) **Art des öffentlichen Auftraggebers**
Andere: Städtische Gesellschaft mbH
- I.5) **Haupttätigkeit(en)**
Andere Tätigkeit: Parkraum- und Immobilienmanagement

Abschnitt II: Gegenstand

- II.1) **Umfang der Beschaffung**
- II.1.1) **Bezeichnung des Auftrags:**
Neubau Mobilitätshaus Überseestadt in Bremen – Verhandlungsverfahren gem. VgV, Technische Ausrüstung gem. § 53 ff. HOAI
- II.1.2) **CPV-Code Hauptteil**
71240000
- II.1.3) **Art des Auftrags**
Dienstleistungen
- II.1.4) **Kurze Beschreibung:**
Die BREPARK GmbH plant in der Überseestadt Bremen die Realisierung eines Mobilitätshauses der Zukunft. Das Gebäude soll der temporären Unterbringung von Kraftfahrzeugen dienen und den Nutzern ein breites Spektrum an weiteren Angeboten zur Verfügung stellen. So sollen beispielsweise weitere Dienstleistungsunternehmen angesiedelt werden, um das Gesamtkonzept eines Mobilitätshauses zu vervollständigen.
Weiteres siehe II. 2.4
- II.1.5) **Geschätzter Gesamtwert**
Wert ohne MwSt.: 13 020 000.00 EUR
- II.1.6) **Angaben zu den Losen**
Aufteilung des Auftrags in Lose: nein
- II.2) **Beschreibung**
- II.2.1) **Bezeichnung des Auftrags:**
- II.2.2) **Weitere(r) CPV-Code(s)**
71240000
- II.2.3) **Erfüllungsort**
NUTS-Code: DE501
Hauptort der Ausführung:
Bremen
- II.2.4) **Beschreibung der Beschaffung:**
Die BREPARK GmbH plant in der Überseestadt die Realisierung eines Mobilitätshauses der Zukunft. Das Gebäude soll der temporären Unterbringung von Kraftfahrzeugen dienen und den Nutzern ein breites

Spektrum an weiteren Angeboten zur Verfügung stellen. So werden in dem Gebäude beispielsweise weitere Dienstleistungsunternehmen angesiedelt, um das Gesamtkonzept eines Mobilitätshauses zu vervollständigen. Das zu beplanende Grundstück im Eigentum der BREPARK GmbH ist ca. 7.641 m² groß und befindet sich in der Konsul-Smidt-Straße, 28217 Bremen. Zurzeit wird es als ebenerdiger „Parkplatz Überseestadt“ mit aktuell 249 Stellplätzen bei guter Auslastung genutzt.

Die Fläche des Neubaus soll ca. 13.200 m² BGF betragen. Dabei sollen für die Gebäudenutzung, neben der Funktion des Parkens, auch Bereiche für ein Fahrradhaus, Büro- und Gastronomieflächen sowie Serviceflächen rund um das Thema Mobilität berücksichtigt werden.

Die Auftraggeberin strebt einen innovativen Ansatz für die Umsetzung des Parkbereiches an. Der Einsatz automatisierter Parksysteme auf Teil-, oder Erweiterungsflächen ist zu prüfen, neue Technologien sind – soweit sinnvoll und wirtschaftlich – zu integrieren bzw. müssen nachrüstbar sein. Insgesamt wird zunächst von einem Stellplatzanteil von ca. 6.800 m² und einem Fahrspuranteil von ca. 3.400 m² ausgegangen. Diese Flächen bieten ausreichend Platz für ca. 500 Stellplätze. Die Einfahrts- und Servicebereiche benötigen ca. 1.700 m². Ein großzügig dimensionierter Fahrradparkbereich mit ca. 950 m² und Flächen für eine Roof-Top-Bar mit ca. 400 m² sowie Mietbüros und Besprechungsräume mit ca. 700 m² könnten ein mögliches Gesamtkonzept abrunden. Das Bauwerk soll aufgrund seiner Struktur und Außengestaltung (Fassade) nachhaltig und wandelbar sein, indem es u. a. flexibel auf veränderte Bedarfe im Laufe des Lebenszyklus reagieren kann.

Die Leitidee zum Mobilitätshaus der Zukunft beinhaltet darüber hinaus die Herstellung eines attraktiven öffentlichen Raumes, welcher eine hohe Nutzungs- und Aufenthaltsqualität aufweist und eine Adressbildung schafft.

Die Kosten für die technischen Anlagen belaufen sich auf ca. 1,89 Mio. EUR (netto, KG 400 gem. DIN 276). Für die Umsetzung der Gesamtmaßnahme ist ein Budget von ca. 13.02 Mio. EUR (netto, KG 200-700 gem. DIN 276) vorgesehen.

Der Baubeginn ist für 01/2020, die Baufertigstellung ist für 01/2021 geplant.

Die zu vergebenden Leistungen bestehen aus:

- Leistungsphase 2 Technische Ausrüstung gem. § 55 HOAI,
- Leistungsphasen 3-9 Technische Ausrüstung gem. § 55 HOAI als optionale Beauftragung durch Bestimmung der AG (ggf. in noch von der Auftraggeberin festzulegenden Stufen),
- Besondere Leistungen in allen Leistungsphasen der Technischen Ausrüstung gem. § 55 HOAI als optionale Beauftragung durch Bestimmung der AG (ggf. in noch von der Auftraggeberin festzulegenden Stufen).

Die Vergabestelle lässt sich in der operativen Umsetzung dieses VgV Verhandlungsverfahrens durch D&K drost consult GmbH, Hamburg, unterstützen und beratend begleiten.

II.2.5) **Zuschlagskriterien**

Die nachstehenden Kriterien

Qualitätskriterium - Name: Fachlicher Wert / Gewichtung: 25

Qualitätskriterium - Name: Qualität / Gewichtung: 35

Qualitätskriterium - Name: Kundendienst / Gewichtung: 10

Qualitätskriterium - Name: Ausführungszeitraum / Gewichtung: 10

Preis - Gewichtung: 20

II.2.6) **Geschätzter Wert**

Wert ohne MwSt.: 420 000.00 EUR

II.2.7) **Laufzeit des Vertrags, der Rahmenvereinbarung oder des dynamischen Beschaffungssystems**

Laufzeit in Monaten: 36

Dieser Auftrag kann verlängert werden: nein

II.2.9) **Angabe zur Beschränkung der Zahl der Bewerber, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden**

Geplante Mindestzahl: 3

Höchstzahl: 5

Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern:

Alle Bewerber, die einen Teilnahmeantrag fristgerecht eingereicht haben und die formalen Kriterien und Mindestanforderungen erfüllen, sind für die Wertung der Auswahlkriterien zugelassen. Der Auftraggeber wählt anhand der erteilten Auskünfte über die Eignung der Bewerber sowie anhand der Auskünfte und Formalien, die zur Beurteilung der von diesen zu erfüllenden wirtschaftlichen und technischen Mindestanforderungen erforderlich sind, unter den Bewerbern, die nicht ausgeschlossen wurden und die die genannten Anforderungen erfüllen, diejenigen aus, die er zur Verhandlung auffordert.

Die Auswahl erfolgt anhand der für den Leistungsbereich der Technischen Ausrüstung eingereichten Referenzprojekte, welche innerhalb der vergangenen 6 Jahre (Stichtag 1.1.2012) mit dem Abschluss der Leistungsphase 8 realisiert worden sind, jeweils in den Kriterien vergleichbare Größe (0-1 Punkte), vergleichbare Bauaufgabe (0-5 Punkte), vergleichbares Leistungsbild (0-3 Punkte) und jeweils die Vorlage eines Referenzschreibens oder Referenzbestätigung vom Auftraggeber, welche/s nach dem Abschluss der beauftragten Leistung ausgestellt wurde (0-1 Punkt). Bewertet werden die 2 besten Referenzen, d. h. die beiden Referenzen, die anhand der o. g. Bewertung die höchsten Punktzahlen erreichen. Insgesamt können mit den zwei besten Referenzen zusammen maximal 20 Punkte erreicht werden. Näheres hierzu siehe Abschnitt 3. des Auswahlbogens.

Um die eingereichten Referenzprojekte anhand der vorgegebenen Kriterien prüfen zu können ist es wichtig, die dafür notwendigen Parameter der Referenzprojekte zu benennen. Wir bitten daher darum, die Referenzprojekte anhand der in den Bewerbungsbogen vorgegebenen Formulare zu dokumentieren.

Der bei der Auswahl verwendete Auswahlbogen mit den formalen Kriterien, Mindestanforderungen und Auswahlkriterien wird zusammen mit dem Bewerbungsbogen zur Verfügung gestellt. Erfüllen mehrere Bewerber gleichermaßen die Anforderungen und ist die Bewerberzahl nach einer objektiven Auswahl entsprechend der zu Grunde gelegten Kriterien zu hoch, behält sich die Vergabestelle vor, die Teilnehmeranzahl gemäß § 75 (6) VgV unter den verbliebenen Bewerbern zu lösen.

II.2.10) **Angaben über Varianten/Alternativangebote**

Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein

II.2.11) **Angaben zu Optionen**

Optionen: ja

Beschreibung der Optionen:

— Leistungsphasen 3-9 Technische Ausrüstung gem. § 55 HOAI als optionale Beauftragung durch Bestimmung der AG (ggf. in noch von der Auftraggeberin festzulegenden Stufen),

— Besondere Leistungen in allen Leistungsphasen der Technischen Ausrüstung gem. § 55 HOAI als optionale Beauftragung durch Bestimmung der AG (ggf. in noch von der Auftraggeberin festzulegenden Stufen).

II.2.12) **Angaben zu elektronischen Katalogen**

II.2.13) **Angaben zu Mitteln der Europäischen Union**

Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein

II.2.14) **Zusätzliche Angaben**

Bietergemeinschaften sind zugelassen, wenn jedes Mitglied der Bietergemeinschaft gesamtschuldnerisch haftet und dem Auftraggeber ein Ansprechpartner benannt und mit unbeschränkter Vertretungsbefugnis ausgestattet wird.

Abschnitt III: Rechtliche, wirtschaftliche, finanzielle und technische Angaben

III.1) Teilnahmebedingungen

III.1.1) Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

Auflistung und kurze Beschreibung der Bedingungen:

Angaben der Bewerber gemäß § 122 GWB ff. bzw. § 75 VgV. Mit dem Teilnahmeantrag sind folgende Unterlagen und Erklärungen abzugeben:

- ausgefüllter Bewerbungsbogen,
- Anlage 1A: Eigenerklärung zu den Ausschlussgründen gem. § 123, 124 GWB (Vordruck),
- Anlage 1B: Eigenerklärung zur wirtschaftlichen Verknüpfung/Zusammenarbeit gem. § 73 (3) VgV (Vordruck),
- Anlage 1C: Eigenerklärung zur Tarifreue und zur Zahlung eines Mindestlohnes gem. § 9 Mindestlohngesetz für das Land Bremen (Vordruck),
- Anlage 1D: Vollmacht des Vertreters im Falle einer Bietergemeinschaft (Vordruck),
- Anlage 1E: Angaben zu Auftragsteilen in einer Bietergemeinschaft (Vordruck),
- Anlage 1F: Eigenerklärung über eine gesonderte Versicherung für Bietergemeinschaften (Vordruck),
- Anlage 1G: Eigenerklärung der Unterauftragnehmer zur Leistungsbereitstellung im Auftragsfall (Vordruck),
- Anlage 2A: Eigenerklärung über eine bestehende Berufshaftpflichtversicherung, bei Bietergemeinschaften siehe Ziffer III.1.2 (Vordruck),
- Anlage 2B: Eigenerklärung über den Umsatz des Bewerbers (Vordruck),
- Anlage 2C: Nachweis der beruflichen Befähigung und Erlaubnis der Berufsausübung des für die Ausführung der Leistung Verantwortlichen (Studienzeugnis, Kopie),
- Anlage 2D: Nachweis der beruflichen Qualifikation der vorgesehenen Projektleitung (Studienzeugnis, Kopie),
- Anlage 2E: Eigenerklärung über die Beschäftigtenanzahl (Vordruck),
- Anlage 3A-3xx: Darstellung von vergleichbaren Referenzprojekten für Leistungen der Technischen Ausrüstung gem. § 53 ff. HOAI (siehe II.2.9, III.1.3) mit Referenzschreiben.

Mehrfachbeteiligungen in personell identischer Form werden nicht zugelassen. Bewerbungen per E-Mail sind nicht zulässig. Die Bewerbungsfrist ist zwingend einzuhalten. Die geforderten Unterlagen sind bei Bietergemeinschaften für alle Mitglieder vorzulegen, wobei jedes Mitglied seine Eignung für die Leistung nachweisen muss, die es übernehmen soll; die Aufteilung ist anzugeben. Bei Bewerbungen mit Unterauftragnehmern sind die geforderten Unterlagen für den Bewerber sowie für alle Unterauftragnehmer vorzulegen.

Ausländische Bewerber können an der Stelle der geforderten Eignungsnachweise auch vergleichbare Nachweise vorlegen. Sie werden anerkannt, wenn sie nach Maßgabe der Rechtsvorschriften des Staates, in dem das Unternehmen ansässig ist, erstellt wurden. Bestätigungen in anderen als der deutschen Sprache sind in Übersetzung vorzulegen.

Das Format der Unterlagen darf DIN A3 nicht überschreiten.

Für die geforderten Angaben sind die Vordrucke sowie der Bewerbungsbogen auszufüllen. Diese Unterlagen sind unter der folgenden Adresse herunterzuladen: www.drost-consult.de.

Es sind nur Bewerbungen mit vollständig ausgefülltem und unterschriebenem Bewerbungsbogen sowie der beigefügten Vordrucke und den darin geforderten Angaben und Anlagen einzureichen. Der Bewerbungsbogen und die Vordrucke sind in den Originalen an den gekennzeichneten Stellen zu unterschreiben. Gescannte oder kopierte Unterschriften werden weder in Teilnahme- noch in Angebotsphase zugelassen. Die Vergabestelle

behält sich vor, weitere Angaben zu fordern. Nachforderungen in der Bewerbungs- und Angebotsphase, die nicht fristgerecht eingehen, führen zum Ausschluss aus dem weiteren Verfahren.

Die Bewerbung ist in einem als Teilnahmeantrag (mit Angabe der Vergabenummer) gekennzeichneten, verschlossenen Umschlag einzureichen. Die Bewerbung und zugehörige Unterlagen werden nicht zurückgesandt.

Der einzureichende Teilnahmeantrag ist nur mit der originalen Unterschrift (keine Scans, Kopien o. ä.) eines unterschriftsberechtigten Vertreters des Wirtschaftsteilnehmers gültig.

III.1.2) **Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit**

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

Eigenerklärung über eine bestehende Berufshaftpflichtversicherung (mind. 1,5 Mio. EUR für Personenschäden, mind. 0,3 Mio. EUR für sonstige Schäden).

Die Maximierung der Ersatzleistung muss mindestens das Zweifache der Versicherungssumme betragen, d. h. für den Fall, dass bei dem Bewerber mehrere Versicherungsfälle in einem Jahr eintreten (z. B. aus Verträgen mit anderen Auftraggebern), muss die Obergrenze für die Zahlungsverpflichtung der Versicherung bei mindestens dem Zweifachen der obenstehenden Versicherungssummen liegen.

Bei Bietergemeinschaften muss von jedem Mitglied einzeln eine Eigenerklärung über eine bestehende Berufshaftpflichtversicherung mit den geforderten Deckungssummen und der Maximierung vorgelegt werden.

Erhöhung der Deckungssummen im Auftragsfall:

Es ist eine Eigenerklärung zur Erhöhung der Deckungssummen der Berufshaftpflichtversicherung im Auftragsfall einzureichen. Die Deckungssummen sollen wie folgt angehoben werden: Für Personenschäden auf 2,0 Mio. EUR (pro Schadensfall) und für sonstige Schäden auf mindestens 1,0 Mio. EUR (pro Schadensfall).

Im Falle der Bewerbung als Bietergemeinschaft ist mit den Bewerbungsunterlagen eine Eigenerklärung der Bietergemeinschaft einzureichen, im Auftragsfalle eine zusätzliche Versicherung gemeinsam mit allen Mitgliedern der Bietergemeinschaft abzuschließen. Die Eigenerklärung ist von jedem Mitglied der Bietergemeinschaft zu unterzeichnen.

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

Erklärung über den Teilumsatz des Bewerbers für den Leistungsbereich Technische Ausrüstung gem. § 53 ff. HOAI in den letzten 3 Geschäftsjahren (je Jahr; 2015, 2016, 2017). Der durchschnittliche Jahresteilumsatz muss mindestens 150.000 EUR (netto) für den Bereich HLS (Anlagengruppen 1-3) sowie mindestens 150.000 EUR (netto) für den Bereich ELT (Anlagengruppen 4-5) erreichen.

Sofern in Bietergemeinschaft bzw. mit Unterbeauftragungen angeboten wird, muss die Jahresgesamtsumme aller Bieter der Gemeinschaft bzw. inkl. der Unterauftragnehmer zusammen den genannten Mindestwert erreichen. In der Erklärung sind die Umsatzzahlen jeweils pro Mitglied der Bietergemeinschaft oder Unterbeauftragung einzeln anzugeben.

Um auch Berufsanfängern die Möglichkeit der Teilnahme am Verhandlungsverfahren zu eröffnen, sieht § 45 Abs. 5 VgV aus berechtigten Gründen (z. B. erst vor Kurzem erfolgte Unternehmensgründung) vor, dass die Leistungsfähigkeit durch andere, als geeignet erachtete Belege nachgewiesen werden kann (z. B. über die Höhe des Haftungskapitals, Bürgschaftserklärungen Dritter o. ä.).

III.1.3) **Technische und berufliche Leistungsfähigkeit**

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

Nachweis der Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung:

Ingenieur/-in gem. § 75 (2) VgV (Studiennachweis).

Nachweis der beruflichen Befähigung des Bewerbers, der für die Leistung vorgesehenen Personen, hier: Abgeschlossenes Studium der Fachrichtung Technische Ausrüstung gem. § 53 ff. HOAI für den Bereich HLS oder ELT (mind. FH, Nachweis durch Studienzeugnis).

Nachweis der erbrachten Leistungen für mind. 2 Projekte für den Leistungsbereich Technische Ausrüstung gem. § 53 ff. HOAI:

Die Projekte müssen innerhalb der vergangenen 6 Jahre (Stichtag 1.1.2012) mit dem Abschluss der Leistungsphase 8 und einer Übergabe an die Nutzer realisiert worden sein.

Entsprechende Referenzen sind unter der Angabe der Projektbeschreibung, der erbrachten Leistungen gem. HOAI (Leistungsbild, Leistungsphasen und Anlagengruppen), des Leistungszeitraums von Beginn bis Abschluss Leistungsphase 8 und Übergabe an den Nutzer, der Baukosten (KG 410-430 und KG 440-450 gem. DIN 276), der Nennung der maßgeblich beteiligten Projektleiter/in und ggf. beteiligte Unterauftragnehmer/ ARGE-Partner, der Nennung des Bauherren mit Ansprechpartner und Telefonnummer und Referenzschreiben oder Referenzbestätigung des Bauherren einzureichen.

Aus den eingereichten Referenzen soll die Qualifikation des Bewerbers hinsichtlich Erfahrung mit vergleichbaren Projekten ersichtlich werden.

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

Angabe der im Jahresdurchschnitt beschäftigten Mitarbeiter (inklusive Führungskräfte) mit der entsprechenden fachlichen Qualifikation der letzten 3 Jahre (je Jahr; 2015, 2016, 2017).

Für den Leistungsbereich Technische Ausrüstung gem. § 53 ff. HOAI sind für den Bereich HLS und für den Bereich ELT je mind. 2 festangestellte Ingenieure bzw. Absolventen oder Techniker inkl. Büroinhaber, Geschäftsführer etc. im Durchschnitt der letzten 3 Jahre nachzuweisen.

Mit den Referenzen ist zwingend eine Erfahrung mit öffentlichen Auftraggebern oder öffentlich geförderten Baumaßnahmen nachzuweisen.

III.1.5) **Angaben zu vorbehaltenen Aufträgen**

III.2) **Bedingungen für den Auftrag**

III.2.1) **Angaben zu einem besonderen Berufsstand**

Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten

Verweis auf die einschlägige Rechts- oder Verwaltungsvorschrift:

Geforderte Berufsqualifikation gem. § 75 (2) VgV.

Als Berufsqualifikation wird der Beruf Ingenieur/in für die Leistungen gem. § 53 ff. HOAI gefordert. Juristische Personen sind zugelassen, wenn sie für die Durchführung der Aufgabe verantwortliche Berufsangehörige gemäß vorangegangenem Satz benennen.

III.2.2) **Bedingungen für die Ausführung des Auftrags:**

Die Durchführung der Leistungen soll gem. § 73 (3) VgV unabhängig von Ausführungs- und Lieferinteressen erfolgen.

III.2.3) **Für die Ausführung des Auftrags verantwortliches Personal**

Abschnitt IV: Verfahren

IV.1) **Beschreibung**

IV.1.1) **Verfahrensart**

Verhandlungsverfahren

IV.1.3) **Angaben zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem**

IV.1.4) **Angaben zur Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer oder Lösungen im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs**

IV.1.5) **Angaben zur Verhandlung**

IV.1.6) **Angaben zur elektronischen Auktion**

IV.1.8) **Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)**

Der Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen: ja

IV.2) **Verwaltungsangaben**

IV.2.1) **Frühere Bekanntmachung zu diesem Verfahren**

IV.2.2) **Schlussstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge**

Tag: 23/07/2018

Ortszeit: 14:00

IV.2.3) **Voraussichtlicher Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber**

IV.2.4) **Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können:**

Deutsch

IV.2.6) **Bindefrist des Angebots**

IV.2.7) **Bedingungen für die Öffnung der Angebote**

Abschnitt VI: Weitere Angaben

VI.1) **Angaben zur Wiederkehr des Auftrags**

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: nein

VI.2) **Angaben zu elektronischen Arbeitsabläufen**

VI.3) **Zusätzliche Angaben:**

Die Bekanntmachung sowie die Vergabeunterlagen finden Sie unter: <http://www.drost-consult.de/de/projekte/>

Es erfolgt kein Versand der Bewerbungsunterlagen per Post oder E-Mail.

Fragen und Antworten während der Bewerbungsphase werden in anonymisierter Form auf der o. g. Homepage veröffentlicht.

Ein Versand der Fragen und Antworten während der Bewerbungsphase per E-Mail erfolgt nicht.

Während der Angebotsphase werden Fragen und Antworten in anonymisierter Form per E-Mail übermittelt.

Weitere vorläufige Termine des dem Teilnahmewettbewerb anschließenden Verhandlungsverfahrens:

Versendung der Angebotsaufforderung in der 34. KW 2018; Einreichung der Honorarangebote in der 39. KW 2018, Verhandlungsgespräche in der 42. KW 2018.

Der zu schließende Vertrag unterliegt dem Bremer Informationsfreiheitsgesetz (BremIFG). Bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen wird er nach Maßgabe der Vorschriften des BremIFG im elektronischen Informationsregister der Freien Hansestadt Bremen veröffentlicht. Unabhängig von einer möglichen Veröffentlichung kann der Vertrag Gegenstand von Auskunftsanträgen nach dem BremIFG sein.

VI.4) **Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren**

VI.4.1) **Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren**

Vergabekammer der Freien Hansestadt Bremen beim Senator für Umwelt, Bau und Verkehr

Contrescarpe 72

Bremen

28195

Deutschland

Telefon: +49 42136110333

E-Mail: vergabekammer@bau.bremen.de

Fax: +49 42149632311

Internet-Adresse: www.bauumwelt.bremen.de

VI.4.2) **Zuständige Stelle für Schlichtungsverfahren**

Vergabekammer der Freien Hansestadt Bremen beim Senator für Umwelt, Bau und Verkehr

Contrescarpe 72
Bremen
28195
Deutschland
Telefon: +49 42136110333
E-Mail: vergabekammer@bau.bremen.de
Fax: +49 42149632311
Internet-Adresse: www.bauumwelt.bremen.de

VI.4.3) **Einlegung von Rechtsbehelfen**

Genauere Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

Die Vergabekammer leitet gemäß § 160 Abs. 1 GWB ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein. Der Antrag ist gemäß § 160 Abs. 3 Nr. 1-4 GWB unzulässig, soweit:

- 1) der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen gerügt hat;
- 2) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden;
- 3) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden;
- 4) mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

VI.4.4) **Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt**

Vergabekammer der Freien Hansestadt Bremen beim Senator für Umwelt, Bau und Verkehr
Contrescarpe 72
Bremen
28195
Deutschland
Telefon: +49 42136110333
E-Mail: vergabekammer@bau.bremen.de
Fax: +49 42149632311
Internet-Adresse: www.bauumwelt.bremen.de

VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**

21/06/2018